



Kanton Zürich
Direktion der Justiz und des Innern
Fachstelle für Integrationsfragen

Neumühlequai 10
Postfach
8090 Zürich
Telefon +41 43 259 25 31
integration@jj.zh.ch

Radikalisierung und gewaltbereiter Extremismus – Bericht zur Studienreise nach Vilvoorde (Belgien)

14. März 2017

Verfasst von Nina Gilgen und Deniz Yüksel in Zusammenarbeit mit den Delegationsmitgliedern





Inhaltsverzeichnis

1	DELEGATIONSREISE NACH BELGIEN.....	3
1.1	Ziele der Studienreise	3
1.2	Mitglieder der Delegation	3
1.3	Vertretungen der Stadt Vilvoorde.....	4
1.4	Programm in Vilvoorde.....	5
2	RADIKALISIERUNGSPROBLEMATIK IN VILVOORDE	6
2.1	«Präventionsmodell Vilvoorde»	6
3	ERKENNTNISSE UND EMPFEHLUNGEN FÜR DEN KANTON ZÜRICH	8
3.1	Vernetzung und Kooperation.....	9
3.2	Vielfalt und transkulturelle Kompetenz.....	11
3.3	Jugend, Bildung und Familie	15
3.4	Muslimische Organisationen als gesellschaftliche Akteure.....	19
3.5	Beratungsstellen für Gewalt-/ Radikalisierungsprävention.....	22
4	FAZIT UND AUSBLICK	23
	LITERATURVERZEICHNIS.....	26
	LINKS, PROJEKTE, ANGEBOTE, LITERATURHINWEISE	27



1 Delegationsreise nach Belgien

Auf Einladung von Frank Recker, Belgischer Botschafter in der Schweiz, reiste am 15. Juli 2016 unter der Leitung von Regierungsrätin Jacqueline Fehr eine Delegation aus dem Kanton Zürich nach Vilvoorde (Belgien). Die Stadt Vilvoorde hatte in den vergangenen Jahren eine relativ grosse Anzahl an Jihad-Reisenden zu verzeichnen und gilt aufgrund ihres ganzheitlichen Präventionsmodells zur Bekämpfung jihadistisch motivierter Radikalisierung international als Good-Practice-Modell.

1.1 Ziele der Studienreise

Ziel des Besuchs war es, mit den Behörden und weiteren Akteuren der Stadt Vilvoorde in einen Informations- und Erfahrungsaustausch zu treten, um:

- sich über den Ansatz und die damit verbundenen Massnahmen des «Präventionsmodells Vilvoorde» zu informieren;
- Erfahrungen bei der Etablierung und Umsetzung eines ganzheitlichen Ansatzes zur Prävention von Radikalisierung und gewaltbereitem Extremismus auszutauschen;
- von den Erfahrungen anderer Länder zu profitieren, mit denen Vilvoorde im Rahmen verschiedener europäischer und internationaler Netzwerke aktiv zusammenarbeitet;
- die Praxis des Kantons Zürich anhand des «Präventionsmodells Vilvoorde» kritisch zu beleuchten und allfällige Optimierungsmassnahmen ausfindig zu machen;
- die Vernetzung und den Austausch unter den mitgereisten Fachpersonen zu fördern und Bestehendes noch besser aufeinander abzustimmen oder mögliche «Lücken» zu erkennen und Lösungsvarianten zu besprechen.

1.2 Mitglieder der Delegation

Die Delegation setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern folgender Verwaltungsbereiche des Kantons Zürich und der Städte Zürich und Winterthur: Justiz und Inneres (Regierungsrätin, Integration), Bildung, Schule und Sport, Sicherheit, Prävention und Suchthilfe sowie den angewandten Wissenschaften.

- Jacqueline Fehr, Regierungsrätin, Vorsteherin der Direktion der Justiz und des Innern (JI) des Kantons Zürich
- Nina Gilgen, Leiterin kantonale Fachstelle für Integrationsfragen, Direktion der Justiz und des Innern des Kantons Zürich
- Enrico Violi, Beauftragter «Gewalt im schulischen Umfeld»/ Leiter Koordinationsgruppe Jugendgewalt, Bildungsdirektion des Kantons Zürich



- Daniele Lenzo, Leiter Fachstelle für Gewaltprävention, Schul- und Sportdepartement der Stadt Zürich
- Claudio Schärli, Fachstelle Brückenbauer, Prävention Stadtpolizei Zürich
- Françoise Vogel, Leiterin Prävention und Suchthilfe, Stadt Winterthur
- Dr. Miryam Eser Davolio, Dozentin Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Departement Soziale Arbeit/Autorin der Studie «Hintergründe jihadistischer Radikalisierung in der Schweiz»

1.3 Vertretungen der Stadt Vilvoorde

Die Delegation wurde von Hans Bonte, Bürgermeister der Stadt Vilvoorde, empfangen. Anwesend waren verschiedene Vertreterinnen und Vertreter aus städtischen Diensten, die sich mit dem Thema «Radikalisierung und Extremismus» befassen (Amt für soziale Fragen und Chancengleichheit, Polizei, Jugendamt) sowie Vertreter der Jugendarbeit.

- Hans Bonte, Bürgermeister der Stadt Vilvoorde
- Fatima Lamarti, Beauftragte für Soziale Fragen und Chancengleichheit
- Jessika Soors, Leitung der Koordination für De-Radikalisierung und Extremismus
- Nadia Belkus, Projektkoordinatorin für Radikalisierungsprävention
- Tarik Yahyioui, Leiter der regionalen polizeilichen Behörde
- Mustapha El Faieq, Projektkoordinator «Groep intro vzw» (NGO Jugendarbeit)
- Moad El Boudaati, Jugendarbeit (inzwischen nicht mehr bei der Stadt tätig)



1.4 Programm in Vilvoorde



Visit to Vilvoorde, July 15th 2016

Meeting venue: City Hall, Grote Markt, Vilvoorde

Meeting Room 4 (ground floor)

09:30	Welcome at the City Hall by Mayor Bonte
10:00	Introduction to the local policy of countering violent extremism
11:30	Prevention and sensitization of radicalization in schools
12:00	Personal programs of vulnerable individuals
12:30	Lunch
13:30	Short guided tour through Vilvoorde
14:00	Working with minors and families
14:30	Local police
15:00	Q&A
15:30	Wrap-up



2 Radikalisierungsproblematik in Vilvoorde

Die Stadt Vilvoorde befindet sich im Agglomerationsgürtel von Brüssel – sie grenzt dabei direkt an die Brüsseler Gemeinde Molenbeek – und zählt gegenwärtig 42'000 Einwohnende, wovon 40 Prozent einen Migrationshintergrund aufweisen. Durch die Ansiedlung zahlreicher Firmen, die im Bereich «Neue Technologien» tätig sind, sowie ihrer Nähe zu Brüssel (12 km) und Antwerpen (40 km) ist die Stadt in den letzten Jahren stark gewachsen.

Gleichzeitig weist sie eine relativ hohe, strukturell bedingte Arbeitslosenquote sowie eine hohe Rate an Schulabbrüchen auf. Viele von Arbeitslosigkeit betroffene Personen stammen aus sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen und weisen einen Migrationshintergrund auf.

2012 war Vilvoorde ein Hotspot der Rekrutierung von Jihad-Reisenden. Eine besondere Risikogruppe bilden junge Erwachsene mit marokkanischen Wurzeln der zweiten und dritten Generation. Bis 2014 sind insgesamt 28 Personen in den Jihad gereist, davon drei Minderjährige. Seit Umsetzung des Präventionsmodells gab es keine Jihad-Reisende mehr. Als gefährdet eingeschätzt werden jedoch 100 Personen, davon 30 Minderjährige.

2.1 «Präventionsmodell Vilvoorde»

Zur Bekämpfung jihadistisch motivierter Radikalisierung hat die Stadtverwaltung von Vilvoorde eine umfassende Strategie entwickelt, die im Mai 2014 vom Stadtparlament genehmigt wurde. Die unter der Bezeichnung «plan for warmth and safety» erarbeitete Strategie bezieht sich auf die drei Handlungsfelder «Prävention», «Deradikalisierung» und «Repression» und weist folgende Kernelemente auf:

- **Vernetzung und Kooperation**

Die konzeptuelle Grundlage der Anti-Radikalisierungs-Strategie bildet gemäss dem integralen Ansatz der Aufbau von Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen auf lokaler, nationaler Ebene. Die Förderung der interdisziplinären und interinstitutionellen Zusammenarbeit (zum Beispiel zwischen Polizei und Jugendarbeit) und die Einrichtung von Runden Tischen zur Bearbeitung von Problemstellungen und für das Fallmanagement stellen Kernstücke der Vernetzungs- und Kooperationstätigkeit dar.

Gleichzeitig beinhaltet die Strategie ausgeprägte Vernetzungsarbeit und Kooperation sowohl zwischen internationalen Städten als auch vor allem zwischen Städten über Nationen hinweg, die sich in verschiedenen Netzwerken zur Prävention von Radikalisierung zusammengeschlossen haben.

- **Einrichtung einer Fachstelle für Radikalisierungsfragen**

Als Anlaufstelle für die Radikalisierungsthematik wurde in der Stadtverwaltung eine Fachstelle für Radikalisierungsfragen eingerichtet. Ihre Funktion ist es, die



Massnahmen zur Bekämpfung von Extremismus und Radikalisierung miteinander zu koordinieren und Aufgaben auf operativer Ebene zu übernehmen.

– **Dialog mit der muslimischen Gemeinschaft**

Einen zentralen Stellenwert nimmt der Dialog mit der muslimischen Gemeinschaft ein – also Aufbau und Pflege von Kontakten mit deren Mitgliedern, der Besuch von Moscheen und ein intensivierter Kontakt zu den Imamen. Um diesen Dialog zu fördern und vertrauensvolle Beziehungen aufzubauen, wurden verschiedene «Brückenbau-Massnahmen» umgesetzt.

– **Diversity-Management**

Eine verwaltungsinterne Personalpolitik im Zeichen des Diversity-Managements zielt darauf ab, eine angemessene Vertretung der verschiedenen Bevölkerungsgruppierungen zu erreichen. Die relevanten Akteure in diesem Bereich hatten fast ausschliesslich marokkanischen Migrationshintergrund.

– **Mobilisierung der Zivilgesellschaft**

Die Bekämpfung von Extremismus und Radikalisierung gilt als Aufgabe, die nicht nur die zuständigen Behörden und Fachstellen betrifft, sondern die Gesellschaft als Ganzes. Dementsprechend wurde im 2014 eine Sensibilisierungskampagne lanciert, die sich an die Gesamtbevölkerung richtete und sie darin unterstützt, einen Beitrag zur Prävention von Radikalisierungsprozessen zu leisten.

– **Schulung von Schlüsselpersonen und Multiplikator/innen**

Im Rahmen der Sensibilisierungskampagne finden Schulungen von Schlüsselpersonen und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren statt. Das Thema «Extremismus und Radikalisierung» ist auch Gegenstand der Fortbildung von Lehrpersonen, Jugendarbeitenden und des Schulunterrichtes. Thematisiert werden insbesondere die Propaganda- und Rekrutierungsfunktion der Social Media, Islam und Diversität sowie die Identitätsentwicklung von jungen Musliminnen und Muslimen.

– **Konzept der «Offenen Türen»**

Flankierend zur Sensibilisierungskampagne wurden Massnahmen getroffen, um den Zugang zu den städtischen Amtsstellen zu erleichtern. Durch die Schaffung von niederschweligen Gesprächsangeboten sollen besorgte Bürgerinnen und Bürger – insbesondere Eltern und andere Bezugspersonen von gefährdeten Jugendlichen – die Möglichkeit haben, sich ohne Bedenken an die Stadtverwaltung zu wenden.

– **Arbeit mit Jugendlichen**

Im Jugendbereich sind intensivierete Anstrengungen zur Förderung von Freizeitangeboten für Jugendliche und in der sozialpädagogischen Begleitung von gefährdeten Jugendlichen, insbesondere auch bezüglich deren beruflicher Integration durch individuelles Coaching, unternommen worden.

Handlungsanleitende Maxime des «Präventionsmodell Vilvoorde» ist die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes – also die Förderung von Integration, der Aufbau von

gegenseitigem Vertrauen und die gezielte Unterstützung beziehungsweise Begleitung von Personen, die der Risikogruppe für eine jihadistisch motivierte Radikalisierung angehören.

Als treibende Kraft für die Mitwirkung der muslimischen Gemeinschaft an der Radikalisierungsprävention wurde die Sorge der Eltern um ihre Kinder genannt: Keine Mutter und kein Vater wünscht sich, dass das eigene Kind in den Jihad zieht, um dort möglicherweise zu sterben.

3 Erkenntnisse und Empfehlungen für den Kanton Zürich

Das «Präventionsmodell Vilvoorde» deckt sich in vielen Punkten mit den Präventionsmassnahmen des Kantons Zürich. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit in Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen, der im Rahmen der Integrationsförderung geführte Dialog mit der muslimischen Gemeinschaft, die Sensibilisierung für die Radikalisierungsthematik und die sozialpädagogische Begleitung von gefährdeten Jugendlichen und deren Eltern gehören ebenfalls zu den Kernelementen der bestehenden Massnahmen im Kanton Zürich.

Im Folgenden werden die aktuellen Massnahmen zur Gewaltprävention beziehungsweise Bekämpfung jihadistisch motivierter Radikalisierung – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – aufgezeigt. Die Massnahmen beziehen sich hauptsächlich auf Akteure innerhalb der Verwaltung. Empfehlungen zur Optimierung der Massnahmen – einschliesslich der begrifflichen Einordnung¹ – ergeben sich aus den Erkenntnissen der Delegationsreise sowie aus Bezügen zu einschlägigen Studien Expertinnen und Experten und vor allem zur Studie des Sicherheitsbundes Schweiz «Präventionsmassnahmen zur Verhinderung von Radikalisierung – Eine Bestandesaufnahme in der Schweiz».² An den Bericht angefügt ist ein Verzeichnis zu den genannten und beispielhaften Projekten, Angeboten und weiterführende Literaturhinweise, welche ebenfalls keinen Anspruch auf Vollständigkeit beanspruchen.

Auf nationaler Ebene hat der Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) André Duvillard, den Delegierten des Sicherheitsverbundes, am 12. September 2016 damit beauftragt, einen nationalen Aktionsplan (NAP) zur Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus auszuarbeiten.³ Der vorliegende Bericht kann eine spezifische Ergänzung zum NAP für den Kanton Zürich darstellen, wobei hier der Schwerpunkt besonders auf das Teilkonzept der «Prävention» gelegt ist.

¹ Für die Begriffliche Einordnung s. z.B. Eser-Davolio, Miryam: «Hintergründe jihadistischer Radikalisierung in der Schweiz» ZHAW Zürich, 2015, S. 5.f. abrufbar unter: https://www.zhaw.ch/storage/shared/sozialarbeit/Forschung/Deliquenz_Kriminalpraevention/Jugend_kriminalitaet_Jugendgewalt/Schlussbericht-Jihadismus-DE.pdf

² Duvillard «Präventionsmassnahmen zur Verhinderung von Radikalisierung – Eine Bestandesaufnahme in der Schweiz», Sicherheitsverbund Schweiz (SVS), Juli 2016, S.23.

³ <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-63731.html>



3.1 Vernetzung und Kooperation

Integraler Ansatz:

Wie das Beispiel von Vilvoorde verdeutlicht, kommt der interdisziplinären und interinstitutionellen Zusammenarbeit in Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen bei der Bekämpfung jihadistisch motivierter Radikalisierung ein zentraler Stellenwert zu. Der **integrale Ansatz**, der die Vernetzung der verschiedenen Akteure zum Ziel hat und auch gemäss Duvillard ein wichtiger Bestandteil der Präventionsarbeit ist, gilt es im Kanton Zürich auf lokaler Ebene (Kanton, Region, Stadt/Gemeinde) zu intensivieren und zu stärken.⁴ Abgesehen von den urbanen Zentren Zürich und Winterthur gibt es nur einige Gemeinden, die Strukturen für die interdisziplinäre Zusammenarbeit aufgebaut haben, um unter Einbezug der jeweils relevanten Akteure Präventionsarbeit zu leisten und auf Problemsituationen zu reagieren. Eine solche Strategie, die alle Akteure mit einbezieht, bedarf jedoch klar definierter **Arbeitsprozesse**, die Kompetenzen und Verantwortlichkeiten sowie Modalitäten zum Informations- bzw. **Datenaustausch** festhalten, betont Duvillard.⁵ Bisher konnten solche Arbeitsprozesse nur punktuell festgelegt werden. Eine Zusammenarbeit in solchen Vernetzungsstrukturen wäre thematisch ungebunden und ermöglicht über die Radikalisierungsprävention hinaus, verschiedene Themen anzugehen: Integrationsfragen, Konflikte bei der Nutzung des öffentlichen Raumes, Jugendgewalt, Vandalismus etc. Gute **Beispiele** sind etwa das Kerngruppenmodell der Stadt Zürich⁶, das Projekt «PlatzDa!» der Stadt Wädenswil⁷ oder die am Pilotprojekt «profil gewaltfrei» beteiligten Gemeinden⁸ und neu die Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen KESB und Schulen⁹. Entscheidend ist, gemäss Duvillard, dass die Strategie **von der politischen Ebene mitgetragen** wird.

→ Empfehlung der Delegationsmitglieder:

- Zu prüfen sind die Möglichkeiten, seitens des Kantons den **integralen Ansatz** in Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen auf lokaler Ebene zu **fördern** und die Gemeinden beim Aufbau und/oder der Weiterentwicklung dieser Strukturen zu unterstützen (zum Beispiel durch die Vermittlung von Good-Practice-Wissen, in Form eines Coaching-Angebotes).
- Das von der Fachstelle für Gewaltprävention der Stadt Zürich entwickelte **«Ablaufschema und Vorgehen bei Verdacht auf Radikalisierung»**

⁴ Duvillard, S.5.

⁵ Empfehlung aus Duvillard-Bericht 2016, S. 18.

⁶ [https://www.stadt-](https://www.stadt-zuerich.ch/ssd/de/index/gesundheits_und_praevention/gewaltpraevention/projekte/kerngruppenmodell.html)

[zuerich.ch/ssd/de/index/gesundheits_und_praevention/gewaltpraevention/projekte/kerngruppenmodell.html](https://www.stadt-zuerich.ch/ssd/de/index/gesundheits_und_praevention/gewaltpraevention/projekte/kerngruppenmodell.html)

⁷ http://www.waedenswil.ch/de/stadt/projekte/?action=showthema&themenbereich_id=164&thema_id=484

⁸ <http://www.profil-g.ch>

⁹ http://www.kesb-zh.ch/sites/default/files/attachments/grundsatzes_kesb_schulen_vsa.pdf

ist auf andere Bereiche auszuweiten und allenfalls an deren Prozesse und Bedürfnisse anzupassen.¹⁰ Seitens der Bildungsdirektion gibt es ebenfalls einen Leitfaden dazu, der bei der Fachstelle für Gewaltprävention bezogen werden kann.¹¹ Zudem ist zu überprüfen, in wie weit das Kerngruppenmodell der Stadt Zürich¹² auf andere Bereiche ausgeweitet werden kann. Es ist ein Modell, welches wenig finanzielle und personelle Ressourcen in Anspruch nimmt und rasch eingeführt werden kann.

Im Rahmen von **Zusammenarbeitsvereinbarungen** und mit Berücksichtigung der Rechtsgüterabwägung kann und sollte der Informations- und Datenaustausch formell geregelt werden. Besonders für sensible Informationen sollten hier klare Richtlinien existieren. Hierfür kann das Århus-Modell richtungsgebend sein.¹³ Aber auch Genf hat eine solche Vereinbarung getroffen.¹⁴ Im Kanton Zürich existieren dazu bereits einige Grundlagen: zum Beispiel das Bedrohungsmanagement der Kantonspolizei Zürich, wo sich einschlägige Hinweise auf die gesetzliche Regelung des Informations- und Datenaustauschs finden. Für den Jugendbereich gibt es dazu ein eigenes Konzept – ebenfalls mit einem Kapitel zu den Rechtsgrundlagen. Das Amt für Jugend und Berufsberatung hat die «Interfall-Charta» erstellt.¹⁵

Nationale und internationale Vernetzung:

Das «Präventionsmodell Vilvoorde» legt grossen Wert auf Vernetzung und Kooperation nicht nur auf nationaler Ebene. Vilvoorde hat gerade den gegenseitigen **Informations- und Erfahrungsaustausch von Städten und Regionen über Nationen hinweg** als **notwendig** anerkannt und sich entsprechend vernetzt. Auch Duvillard betont in seinem Bericht die zentrale Bedeutung von überregionaler Vernetzung zum thematischen Erfahrungsaustausch.¹⁶ Die Expertise der teilnehmenden Städte und Regionen werden so gebündelt, um ein gemeinsames Frühwarnsystem gegen Radikalisierungstendenzen bilden zu können und sich in Form von Konferenzen und online-Plattformen auszutauschen, wo sukzessiv Informationen und Werkzeuge für Präventionsmassnahmen gesammelt werden. Eine überregionale thematische Vernetzung, wie es die **Städte Zürich und Winterthur**

¹⁰ Empfehlung von Duvillard S.6.

¹¹ https://www.stadt-zuerich.ch/ssd/de/index/gesundheit_und_praevention/gewaltpraevention/empowerment1.html

¹² S. Fussnote 5.

¹³ Das Århus-Modell für den Integralen Ansatz wird von Duvillard erwähnt (S. 29) und wurde zudem auf der Tagung vom Schweizerischen Städteverband «Prävention und Bekämpfung von Radikalisierung und Extremismus: Die Rolle der Städte» vorgestellt. Besonders ist die Handhabung und Navigation zwischen den Bereichen der Grundrechte, legitimem politischen und religiösen Aktivismus und dem Risiko des Begehens einer Straftat.

http://staedteverband.ch/de/Info/Dokumentation/Tagungen/Pravention_und_Bekampfung_von_Radikalisierung_und_Extremismus:_Die_Rolle_der_Stadte/Referate

¹⁴ Der Kanton Genf verfügt «seit 2008 über eine Zusammenarbeitsvereinbarung, welche die Modalitäten für den Informationsaustausch regelt», Duvillard S.18.

¹⁵ http://www.ajb.zh.ch/internet/bildungsdirektion/ajb/de/ueber_uns/Interfallkommission.html

¹⁶ Duvillard S.25.



zum Schutz vor Diskriminierung beziehungsweise zur Rassismusbekämpfung vorleben, kann sich positiv auch auf die Arbeit auf kantonaler Ebene auswirken. Neben der Vernetzung und Good-Practice-Beispielen anderer Regionen verpflichten sie zu politischen und strategischen Massnahmen im Hinblick auf die jeweilige Thematik und können das Profil des Kantons entsprechend schärfen. Der **Bericht des SVS** (Duvillard) ist ein erster Ansatz, der neben empfohlenen Massnahmen eine Bestandsaufnahme bereits durchgeführter Good-Practice-Beispiele zusammenstellt.

→ **Empfehlung der Delegationsmitglieder:**

- Der **Beitritt zu einem (oder mehreren) internationalen und ggf. thematischen Netzwerk/en** als Kanton ist zu prüfen und diesbezügliche Verantwortlichkeiten zu definieren. Da die Städte Zürich und Winterthur bereits zum Thema Rassismusbekämpfung Mitglieder-Städte der ECCAR¹⁷ sind, gilt es hier sowohl thematisch als auch organisatorisch Überschneidungen zu vermeiden und **Leads** zu definieren.
- Die «**Alliance of European cities against violent extremism** (Allianz europäischer Städte gegen gewaltbereiten Extremismus)» ist eine 2015 gegründete Initiative zur Bekämpfung von gewaltbareitem Extremismus durch vielschichtige Präventionsarbeit auf lokaler Ebene. Sie bietet dafür eine Plattform, die es lokalen Behörden und Verantwortlichen ermöglicht, in direkten Erfahrungs- und Informationsaustausch zu treten. Mit der Initiative soll die Verpflichtung teilnehmender lokaler Behörden zu integralen Ansätzen gesteigert werden. Dafür soll sichergestellt werden, dass zentrale Stakeholder aus Zivilgesellschaft (NGOs, Religionsgemeinschaften etc.) und Regierungsstellen (Bildung, Justiz, Sicherheit) an der Implementierung von Präventionsmassnahmen beteiligt werden.¹⁸

3.2 Vielfalt und transkulturelle Kompetenz

Öffentlichkeit und Medien: Narrativ der Vielfalt

Die Schweiz ist ein Einwanderungsland, das zum Erhalt seiner Wettbewerbsfähigkeit und aus demografischen Gründen auf die Arbeit von Migrantinnen und Migranten angewiesen ist. Obwohl die Integration insgesamt sehr gut gelingt, ist die **öffentliche Wahrnehmung von Migration und Migrantinnen und Migranten mehrheitlich defizitorientiert**. Dabei werden vielfach Fluchtmigration und Islam einerseits sowie Islam und terroristische Akte andererseits auf unzulässige Weise miteinander in Verbindung gebracht. Verstärkt wird diese Wahrnehmung durch die steigende Zuwanderung aufgrund von Flucht nach Europa (aber nicht zwangsläufig in die Schweiz) und dessen mediale Berichterstattung. **Islamfeindlichkeit und islamistischer Extremismus** sind zwar nicht direkt miteinander verbunden. Die Phänomene beeinflussen jedoch einander: Aktuelle Studien weisen darauf hin, dass Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen – neben

¹⁷ European Coalition of Cities against Racism, <http://www.eccar.info/>

¹⁸ <http://efus.eu/en/>



direkten oder indirekten Kriegserfahrungen – Radikalisierung begünstigen können.¹⁹ Zudem braucht es eine klare Haltung, welche Grundwerte wir alle teilen und welche Rechte wir alle haben. Das Bewusstsein über Vorurteile und diskriminierendes Verhalten sowie die **umfassende Bedeutung der Grund- und Menschenrechte** sind noch nicht durchgängig verbreitet.

Die **mediale Berichterstattung** ist zwar in den letzten Jahren kenntnisreicher und differenzierter geworden. Dennoch kann gesagt werden, dass – neben einigen Versuchen einer differenzierten Auseinandersetzung – (politische) Talkshows oder Medienberichte mit **Bezug auf Islam häufig «Problemthemen»** behandeln, Klischees reproduzieren und einen «clash of religions»²⁰ heraufbeschwören. Die Kritik wurde bereits laut, dass viel mehr über als mit Muslimen geredet und diskutiert wird. Werden doch Akteure mit einbezogen, sind es zu häufig extreme Positionen, die ein gewisses Sensationsinteresse bedienen, ohne sachdienlich zu sein.²¹

Zudem sind **Menschen mit Migrationshintergrund** und ihre Sichtweisen in **Schweizer Medien unterrepräsentiert**. Eine Studie der Uni Freiburg von 2007²² bestätigt, dass sich Personen mit Migrationshintergrund in Schweizer Medien marginalisiert fühlten, obwohl sie ein Fünftel der Gesamtgesellschaft repräsentierten. Die SRG ist gesetzlich verpflichtet, das Verständnis für Vielfalt und den Zusammenhalt zwischen verschiedenen Gruppierungen in der Schweiz in ihrem Programm zu integrieren. Positiv zu bewerten ist, dass zu ihren Themenschwerpunkten im Jahr 2017 Integration und Migration gehören.²³

Der Kanton trägt hier eine **Verantwortung innerhalb des politischen und medialen Diskurses** und sollte seine Expertise hinsichtlich gesellschaftlich aktueller Themen mit einbringen. Ein positiver Diskurs über eine Schweiz mit ihrer gesellschaftlichen und lebensweltlichen Vielfalt fördert gleichzeitig ihre Akzeptanz und reduziert Xenophobie, Vorurteile und Diskriminierung. Das Selbstverständnis von Vielfalt besteht bereits in zahlreichen kulturellen Lebenswelten (wie Essen, Literatur etc.) und sollte entsprechend in Bezug auf Lebens- und Glaubensentwürfe vertieft werden.

Zur erfolgreichen Vermittlung von Vielfalt gehören eine **Versachlichung und Differenziertheit von Debatten**, während auch problematische Themen als solche benannt und ausgewogen diskutiert werden. Ziel sollte die Sensibilisierung in Richtung einer

¹⁹ Z.B. Eser-Davolio, Miryam: «Hintergründe jihadistischer Radikalisierung in der Schweiz» ZHAW Zürich, 2015.

²⁰ U.a. gemäss Olivier Roy, «Islam in Europe, Clash of Religions or Convergence of Religiosities?» Eurozine, Mai 3, 2007.

²¹ Einschätzung gemäss «Handlungsempfehlungen zu Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus und Islamfeindlichkeit – Arbeitsergebnisse eines Expertengremiums der Friedrich-Ebert-Stiftung», 2015, <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12034-20151201.pdf> und Empfehlungen aus der Studie «Ethnisierung des Politischen und Problematisierung religiöser Differenz» von Kurt Imhof im Rahmen des NFP 58 «Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft», 2011, http://www.nfp58.ch/files/news/116_NFP58_Schlussbericht_Imhof.pdf

²² Eine ca. 100-Seitige Studie «Sprachregionale und ethnische Repräsentation – Eine Studie zum Integrationspotential des Schweizer Fernsehens» (Joachim Trebbe u.a.).

²³ <https://www.srgd.ch/de/aktuelles/news/2017/01/24/jahresmedienkonferenz/>



diskriminierungsfreien Gesellschaft und der Abbau von Vorurteilen sein.

Eine mediale **Sensibilisierungskampagne** zeigte in Vilvoorde bezüglich der Radikalisierungsthematik Wirkung. Auch die Stadt Zürich führt eine Veranstaltungsreihe zu verschiedenen Aspekten der Diskriminierung und Rassismusbekämpfung für die interessierte Gesamtbevölkerung durch. Da Kampagnen einerseits Wirkung zeigen, aber gleichzeitig auch grosse Sensibilität bezüglich ethnizierenden und kulturalisierenden Tendenzen aufweisen müssen, sollte bereits vorhandene Expertise mit einbezogen werden. Zahlreiche europäische Städte neben Vilvoorde haben in der Öffentlichkeitsarbeit ebenfalls bereits Erfahrungen gesammelt, die sie zum Beispiel im **RAN Netzwerk** «Communication and Narratives»²⁴ austauschen. Zudem stellen **Fachpersonen**²⁵ und **Einrichtungen**²⁶ ihre Expertise aus Studien und Erfahrung im Hinblick auf Kommunikation und Medienstrategien zur Verfügung, von denen es zu profitieren gilt.

→ **Empfehlung der Delegationsmitglieder:**

- . Es ist eine **Strategie** zur Förderung von Vielfalt und Schutz vor Diskriminierung zu erarbeiten, die sämtliche relevante Bereiche innerhalb der Verwaltung, Bildung, Soziales sowie die Öffentlichkeit und die Medien mit einbezieht.
- . Die **Expertise** bereits erprobter Strategien und Kampagnen sollte dabei berücksichtigt werden (z.B. andere Kantone und Städte, RAN Netzwerk «Communication and Narratives»).
- . Projekte und Kampagnen, die **Vielfalt und innerreligiöse Diversität** sichtbar machen und die Begegnung zwischen der Gesamtgesellschaft und marginalisierten Bevölkerungsgruppen sind zu fördern und bekannt zu machen.
- . Vielfalt und Nichtdiskriminierung innerhalb der Medien ist zu fördern. Hierfür können **runde Tische mit Expertinnen und Experten und Journalistinnen und Journalisten** durchgeführt werden, um Medienschaffende mit einzubeziehen und zu sensibilisieren.
- . **Erfolgsgeschichten** aus der Migrationsbevölkerung sollten vermehrt aufgearbeitet, bekannt gemacht und in den Medien gefördert werden. Damit kann verdeutlicht werden, wie Integrationsprozesse stattfinden und aus «Fremden» «Zugehörige» werden. Eine Schnittstelle kann hier die Fachstelle für Integrationsfragen bilden.
- . Medienschaffende sind seitens der Verwaltung hinsichtlich **islamfeindlicher Stereotype** zu sensibilisieren (und zu kritisieren). Hierzu gehört die klare **Ablehnung von (Aufrufen zu) Gewalt** von jeglicher Seite bei gleichzeitiger **Inklusion der muslimischen Bevölkerung** in die Gesellschaft. Da viele

²⁴ RAN (Radicalisation Awareness Network) https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/about-ran/ran-c-and-n_en

²⁵ Z.B. Anne Speckhard, Ahmad Mansour (wobei Mansour kontrovers diskutiert wird und teilweise ebenfalls polarisierende und pauschalisierende Ansichten vertritt).

²⁶ Z.B. <http://www.ufuq.de/>



Bürgerinnen und Bürger ihre Informationen über den Islam aus den Medien beziehen, ist ein diskriminierungsfreier Umgang hier umso wichtiger.

Diversity-Management:

Vilvoorde legt mit einer verwaltungsinternen Personalpolitik im Zeichen des Diversity-Managements besonders darauf wert, eine angemessene **Vertretung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen** zu erreichen und damit die Vielfalt der Gesellschaft abzubilden. Aktiv kommunizierte und gelebte Vielfalt auf sämtlichen gesellschaftlichen Ebenen und Bereichen lässt eine «Wir-Ihr-Einstellung»²⁷ nicht mehr als gültig erscheinen. Die Umsetzung einer entsprechenden verwaltungsinternen **Personalpolitik**, welche bereits von unterschiedlichen Departementen und Stellen (zum Beispiel des Sicherheitsdepartements der Stadt Zürich)²⁸ als Ziel definiert wurde, schafft eine angemessene Vertretung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Gleichzeitig können damit auch vermehrt **Fachpersonen mit muslimischem Hintergrund** in die Präventionsarbeit einbezogen werden und Beziehungsarbeit leisten.

→ **Empfehlung der Delegationsmitglieder:**

- Entlang der Strategie zur Förderung von Vielfalt und Nichtdiskriminierung sollte eine angemessene **Abbildung der Gesamtbevölkerung** auch auf Verwaltungsebene sichergestellt werden. Es gilt für den Kanton die Teilnahme an Standardprozessen wie das **Diversity&Inclusion-Tool** des Vereins Gleichstellungs-Controlling²⁹ zu prüfen; ein effektives Instrument, um die Zusammensetzung der Belegschaft zu analysieren und mit Zielvorgaben den Anteil an Personen mit Migrationshintergrund auf allen Hierarchiestufen zu erhöhen.

Sensibilisierung für transkulturelle und interreligiöse Kompetenz:

Um eine Sensibilisierung der Verwaltung und weiterer involvierter Stellen zu erreichen, sollte **zielgruppen- und bedarfsgerecht einschlägiges Wissen** über einen vielfältigen Islam, Religion, Radikalisierung, soziale Medien, politische Gegenwart etc. für Schlüsselpersonen (d.h. Lehrpersonen, Sozialarbeitende, Strafverfolgungsbehörden) zur Verfügung gestellt werden. Auf kommunaler Ebene, wo Integration geschieht, sollte darauf geachtet werden, dass entsprechende **Informationen gebündelt und zentral abrufbar** zugänglich gemacht werden. Beispielsweise das **ZIID Zürcher Institut für interreligiösen Dialog** (bis 2015 Zürcher Lehrhaus)³⁰ oder auch die **Paulus**

²⁷ Gemäss Ahmad Mansour (s. auch Fussnote 25).

²⁸ Strategischer Plan 2016 https://www.stadt-zuerich.ch/pd/de/index/das_departement/strategie_politik.html

²⁹ <http://www.gleichstellungs-controlling.org/>

³⁰ <https://www.ziid.ch/de/>



Akademie³¹ vermittelt «Wissen über Religionen zum Dialog in einer multikulturellen Gesellschaft» und «stellt Fragen zur Zeit». Gleichzeitig ist der **Austausch** zu den Thematiken zu fördern.

Als Diskriminierung verstandenen Erfahrungen wird zudem noch nicht ausreichend Beachtung geschenkt. Transkulturelle Kompetenz kann auch darin verstanden werden, dass ein bestimmtes **Wissen über die Aufgaben und Arbeiten der Polizei und der Behörden**, zentrale Themen wie Rechtsstaat und Gesetze sowie Rechte und Pflichten vermittelt und zur Verfügung gestellt wird. Betroffene werden damit in ihrer Position gestärkt. Eine solche Arbeit findet zum Beispiel im Rahmen der Arbeit der Brückenbauer in Form des bestehenden Moduls «Ihre Polizei» statt.

→ **Empfehlung der Delegationsmitglieder:**

- Zu prüfen seitens des Kantons ist der Bestand und die Qualität entsprechender **Weiterbildungsangebote** und die Möglichkeit einer zentralen Koordination respektive Verbreitung solcher Weiterbildungsangebote. Zielgruppen- und bedarfsgerecht einschlägiges Wissen sollte in Form von regulären und speziellen Weiterbildungsangeboten für Fachpersonen aber auch leicht **zugänglichen Broschüren/ Webplattformen/Selbstlerntools** (train-the-trainer) verbreitet und die Inhalte jeweils an die aktuellen Bedürfnisse angepasst werden. **Relionsgemeinschaften und interreligiöse Institutionen** sollten bei der Konzipierung und Umsetzung der Weiterbildungen unbedingt mit einbezogen werden.
- Gleichzeitig ist zu prüfen, wie und wo offene **Diskussionsplattformen** oder runde Tische eingerichtet werden können, in denen directionsübergreifend aktuelle Themen, Herausforderungen und offene Fragen besprochen werden können. Dabei ist darauf zu achten, dass sie gut koordiniert sind mit runden Tischen anderer Präventionsmassnahmen (wie zum Beispiel das Kerngruppenmodell).

3.3 Jugend, Bildung und Familie

Schule und Bildung:

Den Schulen kommt, gemäss Duvillard, als «**Ort des Wissenstransfers**» und als Ort, wo Jugendliche unterschiedlichster Herkunft viel Zeit gemeinsam verbringen, in der Prävention eine wichtige Rolle zu. Schweizer Schulen sind für die allgemeine Thematik der **Gewalt und Jugendgewalt** gut sensibilisiert. Hierfür arbeiten die Schulen mit eigenen Werkzeugen (Leitfaden, Notfallordner). Spezifische Massnahmen für die frühzeitige Erkennung und Verhinderung von Radikalisierung hingegen sind laut einer Umfrage des Generalsekretariats der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) bei den Bildungsdepartementen weniger bekannt, ein **systematischer Umgang**

³¹ <http://www.paulusakademie.ch/>



in Schulen noch nicht angekommen.³² Im Kanton Zürich existiert unter der Leitung der Bildungsdirektion die Koordinationsgruppe Jugendgewalt (KGJ). Sie wurde vom Regierungsrat im März 2008 eingesetzt, um den Informationsaustausch zwischen den Direktionen sicherzustellen, die Präventions- und Interventionsmassnahmen im Bereich Jugendgewalt aufeinander abzustimmen und zu verbessern sowie ein koordiniertes Auftreten nach aussen zu gewährleisten (RRB 401/2008). Die KGJ befasst sich im Rahmen ihrer Tätigkeiten mit dem Thema «Gewaltbereiter Extremismus bei Jugendlichen» und koordiniert die diesbezüglichen Präventionsmassnahmen.³³ Die Bildungsdirektion des Kantons Zürich hat **Empfehlungen für Mitarbeitende von Schulen und Heimen** erarbeitet.³⁴ Das **Mittelschul- und Berufsbildungsamt** befasst sich ebenfalls bereits mit der Thematik.

Neben der Vermittlung von Werten bezüglich der politischen und religiösen Bildung fördert der Schulunterricht das **Demokratieverständnis** und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Prävention von Radikalisierung. Im Kanton Zürich findet zudem im Rahmen des Fachs **Religion und Kultur** eine reflektierte Auseinandersetzung mit Religion, religiösem Pluralismus und den Eigenheiten der einzelnen Religionen statt. In diesem Rahmen können aktuelle Bezugnahmen zu Weltreligionen bei der Ausübung von terroristischer Gewalt auf sensible Weise thematisiert und mögliche Hintergründe diskutiert werden.

→ **Empfehlung der Delegationsmitglieder:**

- Zu überprüfen ist, inwiefern und wie im **Fach Religion und Kultur** aktuelle Bezugnahme zu Weltreligionen bei der Ausübung von terroristischer Gewalt thematisiert wird. Bei Bedarf ist hier Unterstützung zu leisten.
- Ein **Themenhandbuch «sicher!g'sund»** (St. Gallen)³⁵, das gerade zum Thema Radikalismus verfasst wird, klärt thematisch relevante Begrifflichkeiten und zeigt Vorgehensweisen auf. Zu prüfen ist, ob dieses Handbuch nach Fertigstellung für den Kanton Zürich übernommen werden kann.

Jugendarbeit:

Im Bereich der Jugendarbeit bietet Vilvoorde **sozialpädagogische Begleitungen** und individuelle **Coachings** für Jugendliche an, die nach der obligatorischen Schulzeit beziehungsweise dem Berufswahljahr keine Anschlusslösung gefunden haben. Im Kanton Zürich werden zwar Anschlusslösungen in Form von Angeboten für Jugendliche und junge Erwachsene nach der obligatorischen Schulzeit angeboten, die Perspektiv- und Arbeitslosigkeit verhindern können. So werden zum Beispiel Berufsvorbereitungsjahre, Motivationssemester und Integrationsbegleitung auch für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene angeboten. Das Amt für Jugend und Berufsberatung (AJB) bietet zudem

³² Duvillard S.10.

³³ <http://www.stopp-gewalt.zh.ch> → über uns → Koordinationsgruppe Jugendgewalt.

³⁴ Auf Anfrage erhältlich.

³⁵ <http://www.sichersund.ch>



ein Case-Management Berufsbildung an.³⁶ Die Ressourcen solcher **(Brücken-) Angebote** sind jedoch begrenzt und können den Bedarf nicht voll abdecken.³⁷

In der Stadt und im Kanton Zürich besteht ein hinreichendes Angebot an offener Jugendarbeit. Mit der **Jugendarbeit OJA (Stadt Zürich)** sind Abläufe und Vorgehensweisen im Hinblick auf die Radikalisierungsprävention geklärt, und es existiert ein definiertes Ablaufprozedere.

→ **Empfehlung der Delegationsmitglieder:**

- Zu prüfen ist, ob innerhalb der Jugendarbeit Ressourcen bezüglich **Angebote und Begleitung für «gefährdete» Jugendliche** ausgeweitet werden sollten. Dabei sollte das Augenmerk auch auf die Zeit nach der obligatorischen Schulzeit gelegt werden.
- Zu prüfen gilt, ob das **mit der OJA abgestimmte Ablaufprozedere auch in anderen Einrichtungen** der kantonalen Jugendarbeit übernommen werden kann.

Elternarbeit:

Eltern sind, laut Duvillard, wichtige Akteure in der Prävention. Einerseits wirken die **Einstellungen und Vorbilder** der Eltern unmittelbar auf die Kinder und Jugendlichen ein. Andererseits sollten sie erste **Anzeichen einer Radikalisierung** erkennen und wissen, wohin sie sich wenden können. Im schulischen Kontext ist Elternarbeit ein wichtiges Element. Zudem existiert im Kanton Zürich bisher kein Beratungsangebot für Eltern beziehungsweise Angehörige von sich radikalisierenden Jugendlichen. Die Einrichtung von niederschweligen und unabhängigen Anlaufstellen stellt eine zu schliessende Lücke dar.³⁸

→ **Empfehlung der Delegationsmitglieder:**

- Die **Lücke an Beratungsangeboten** für Eltern beziehungsweise Angehörige von sich radikalisierenden Jugendlichen gilt es zu schliessen und die Beratungsangebote bekannt zu machen. Die Frage dabei ist, wo diese Beratungsangebote angesiedelt sein sollten (zum Beispiel Prävention und Suchthilfe).
- Zu prüfen ist, inwiefern und auf welche Art Eltern in die **Präventionsarbeit** in verschiedenen Bereichen (Schule, Jugendarbeit etc.) mit einbezogen werden können.

³⁶ <http://www.ajb.zh.ch/internet/bildungsdirektion/ajb/de/berufsberatung/berufswahl/cmhb.html#a-content>

³⁷ Duvillard S. 6f.

³⁸ Duvillard, S.14.



- . Ein leicht zugänglicher **Pool an interkulturellen Dolmetschenden** sollte gefördert und ihre Nutzung zur Unterstützung bei der Kommunikation empfohlen werden.
- . Hintergrundwissen und Handlungsanweisungen sind in Form kleiner **Broschüren und als Bildungsangebote** für Eltern in mehreren Sprachen bereitzustellen (D/F/I/E sowie Albanisch, Serbokroatisch, Türkisch, Arabisch und Somalisch).

Soziale Medien:

Gemäss Duvillard können Jugendliche über das Internet und die sozialen Medien radikalisiert werden. Zwar zeigt die aktuelle Studie der Universität Luzern «**Hallo, es geht um meine Religion!**» vom Januar 2017, dass junge Musliminnen und Muslime in der Schweiz mit den Aussagen religiöser Autoritäten – vor allem auch im Internet – deutlich kritischer und selbstbestimmter umgehen als bisher vermutet.³⁹ Zentral ist dennoch, dass Wissen bezüglich sozialen Medien und Internetangeboten nicht nur bei Schülerinnen und Schülern, sondern auch bei Lehrpersonen, Jugend- und Sozialarbeitenden sowie Eltern gestärkt wird.⁴⁰ Denn Jugendliche und junge Erwachsene stellen, laut einer Forschungsstudie der Universität Zürich, den höchsten Anteil «des Konsums von qualitätsschwachen Gratismedien und sind der entsprechenden Vermittlung des Politischen am meisten ausgesetzt.»⁴¹ In Deutschland hat **Jugendschutz.net** beispielhaft eine Broschüre zu «**Islamismus im Internet**»⁴² herausgegeben.

Sämtliche Studien und Expertinnen und Experten befürworten jedoch die **Stärkung von Gegenerzählungen** zu der Verknüpfung zwischen Islam und Radikalismus, auf die sowohl der «Islamische Staat» als auch rechtsnationalistische beziehungsweise rassistische Argumentationen zurückgreifen. Ein Bewusstsein über gesellschaftliche sowie innerislamische Diversität – unter Einbezug islamisch theologischer Fachkompetenz – bei gleichzeitiger **Demokratietauglichkeit** muss gestärkt werden.

Im Kanton Zürich gibt es zahlreiche Angebote zur Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen, die auf breitem Know-How basieren. Allerdings behandeln bisher nur einzelne die Radikalisierungsthematik.

³⁹ Tunger-Zanetti (et.al.) «Hallo, es geht um meine Religion! Muslimische Jugendliche in der Schweiz auf der Suche nach ihrer Identität» Universität Luzern, 2017, <https://www.unilu.ch/forschung/aktivitaeten/fokus-forschung/studie-zeigt-junge-muslime-kritisch-und-abwaegend-in-religionsfragen/>

⁴⁰ Duvillard S.14.

⁴¹ Imhof, Kurt «Ethnisierung des Politischen und Problematisierung religiöser Differenz» im Rahmen des NFP 58 «Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft», 2011, http://www.nfp58.ch/files/news/116_NFP58_Schlussbericht_Imhof.pdf

⁴² http://www.hass-im-netz.info/fileadmin/hass_im_netz/documents/Islamismus_im_Internet.pdf



→ **Empfehlung der Delegationsmitglieder:**

- Für die Verbreitung solcher **Gegennarrative** sollten insbesondere **soziale Medien** zum Einsatz kommen, welche bislang in der Sozial- und Jugendarbeit wenig genutzt werden.
- Die **Medienkompetenz** unter Jugendlichen sollte mit Nachdruck gefördert werden. Eine Zusammenarbeit mit Organisationen und Einrichtungen, die bereits Erfahrung im Bereich der Nutzung sozialer Medien von Jugendlichen und Radikalismusprävention gesammelt haben (Deutschland/Belgien) ist dabei unerlässlich. Bereits vorhandene Instrumente sollten bekannt gemacht und genutzt werden.
- Zu prüfen ist zudem ein entsprechendes **Weiterbildungsangebot** für diejenigen Personen und Gruppen, die Medienkompetenz vermitteln.
- (Falls zusätzlich notwendig:) Es ist ein **Train-the-Trainer-Tool** zu erarbeiten, damit Lehrpersonen, Jugendarbeitende sowie auch muslimische Jugendorganisationen gezielt Medienkompetenz bezüglich Radikalisierungsrisiken vermitteln können. Für die Konzeption der Inhalte ist sowohl auf die **Expertise** anderer Städte und Regionen sowie Einrichtungen gegen Radikalisierung zurückzugreifen. Auch sollte vom nationalen Programm «Jugend und Medien»⁴³ zur Förderung von Medienkompetenzen profitiert werden.
- Bei der **Erarbeitung des Lehrplans 21** gilt es hinsichtlich der Bearbeitung dieser Themenschwerpunkte Überlegungen anzustellen.

3.4 Muslimische Organisationen als gesellschaftliche Akteure

Dialog und thematische Zusammenarbeit mit muslimischen Organisationen:

Da ein zentraler Aspekt des Präventionsmodells in Vilvoorde der Dialog und die **Zusammenarbeit mit muslimischen Organisationen** darstellt, ist hierauf auch im Kanton Zürich ein besonderer Fokus zu richten. Im Kanton Zürich konstituiert sich die **VIOZ** (Vereinigung Islamischer Organisationen im Kanton) «aus über 30 Mitgliedsorganisationen, die insgesamt über 40 Moscheen im Kanton Zürich betreuen»⁴⁴. Auch Duvillard hebt die Bedeutung der Zusammenarbeit mit muslimischen Akteurinnen und Akteuren hervor, die als Bestandteil der Lösung und nicht des Problems gesehen werden sollten.⁴⁵ Die Stärkung migrantischer und speziell muslimischer Organisationen, vor allem Jugend- und

⁴³ <http://www.jugendundmedien.ch>

⁴⁴ <http://vioz.ch/>

⁴⁵ Duvillard S.15f.

Frauenorganisationen, als Akteure ist noch kaum verbreitet.⁴⁶ Der Dialog mit der muslimischen Bevölkerung findet zwar bereits auf unterschiedlichen Ebenen und in verschiedenen Gefässen statt, ein systematischer und partizipativer **Einbezug** in institutionellen Strukturen, bestimmten Entscheidungsprozessen und in Gremien jedoch kaum. Teilweise fehlen hierzu die **Bereitschaft und Ressourcen seitens der Verwaltungsstrukturen**, obwohl von muslimischer Seite Interesse bekundet wird.

Muslimische Organisationen werden zwar bereits als Ansprechpartner wahrgenommen, sind aber höchstens semi-professionell aufgestellt. Während ihre finanziellen, personellen und zeitlichen **Ressourcen und Weiterbildungsmöglichkeiten** verhältnismässig knapp sind, erfüllen Moscheevereine beziehungsweise muslimische Organisationen häufig mehr als nur den Zweck der Religionspraxis. Ihre Aufgaben und Aktivitäten reichen vom Bildungsbereich (Frühkindliche Förderung, Sprach-, Nachhilfe- und Weiterbildungsangebote) über Beratung und Seelsorge bis hin zu Freizeitangeboten. Damit leisten sie – grösstenteils ehrenamtlich – einen wertvollen **zivilgesellschaftlichen Beitrag**, der entsprechend gewürdigt werden sollte. Anhaltender Mangel an Ressourcen kann zu einer Überforderung führen, die gepaart mit dem negativen Islam-Bild zu Frustration sich engagierender Personen oder Vereinen führen kann. Angemessene Weiterbildungsmöglichkeiten für religiöse Betreuungspersonen (Imame, Seelsorger etc.), mittels derer bestimmte **Standards** eingeführt werden könnten, sind im Kanton Zürich kaum vorhanden.

Neu bietet das **Schweizer Zentrum für Islam und Gesellschaft (SZIG)** als Pilot im Kanton Zürich (2016) bedarfsgerechte und partnerschaftliche Möglichkeiten der Weiterbildung, um dadurch den Dialog, die Vernetzung und die Kompetenzen muslimischer Akteure zu stärken. Die dreijährige Gastprofessur an der Universität Zürich zu Islamischer Theologie und Bildung bildet ebenfalls einen konstruktiven aber nicht hinreichenden Ansatz auf akademischer Ebene.⁴⁷

Die **Universität Bern** bietet im Frühjahrssemester 2017 erstmals einen **CAS Studiengang «Religious Care in Migration Context»** an, welcher neben christlichen Seelsorgepersonen auch nicht-christlichen Seelsorgepersonen offen steht.

→ **Empfehlung der Delegationsmitglieder:**

- Es gilt eine **umfassende Strategie** auszuarbeiten, um den vielschichtigen Einbezug der muslimischen Bevölkerung zu durchdenken, Themenbereiche der Zusammenarbeit zu identifizieren und entsprechende Verwaltungsstrukturen bis in die Gemeindeebene zu sensibilisieren. Neben einem Dialog und der Anerkennung ihrer meist ehrenamtlichen Leistungen, geht es um eine idealerweise **partizipative Zusammenarbeit** zu verschiedenen Themen mit

⁴⁶ Eine Übersicht mit Suchfunktion über die Migrantinnen- und Migrantenvereine im Kanton Zürich bietet das Web-Portal <http://migrantenvereine.ch/>

⁴⁷ Das zweijährige Projekt (MOGA) <http://www.unifr.ch/szig/de/training/muslimorganisations> basiert auf der Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse des SZIG zu islambezogenen Weiterbildungen in der Schweiz http://www.unifr.ch/szig/assets/files/2016/schlussbericht_islambezogene_weiterbildung_21.4.pdf



- unterschiedlichen repräsentativen Fachpersonen beziehungsweise runden Tischen. Mehr Mitsprache würde zu einer **Verbesserung des öffentlichen Islambildes** beitragen. Damit muslimische Akteurinnen und Akteure diese Aufgaben und die Zusammenarbeit stämmen können, gilt es die Förderpraxis für zivilgesellschaftliche und religionsunabhängige Aufgaben und Weiterbildungsmöglichkeiten zu überprüfen und auszubauen.
- Daneben gilt es zu überprüfen, inwiefern die **Transparenz der Finanzierung** von religiösen Stiftungen beziehungsweise Vereinen ausreichend gewährleistet ist.
 - Insgesamt ist zu beachten, dass eingeforderte **Professionalität** und glaubensunabhängige zivilgesellschaftliche Beiträge, die geleistet werden sollen, angemessen entlohnt und entsprechend Anreize geschaffen werden sollten. Neben einem Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung könnten dadurch gezielt Finanzierungen aus dem Ausland vermieden werden.

Religiöse Betreuungspersonen:

Eine längere Diskussion bezog sich auf die Zusammenarbeit mit religiösen Betreuungspersonen. Sowohl in Vilvoorde als auch im Kanton Zürich stellen sich bezüglich den Bedingungen und Möglichkeiten der Kooperation mit Imamen viele offene Fragen. Dazu gehört auch die **«Vertrauenswürdigkeit»** der einzelnen Imame. Circa ein Viertel der muslimischen Vereine im Kanton Zürich haben einen «festen» Imam. Die meisten haben ihre Ausbildung im europäischen und nicht europäischen Ausland erlangt. Kriterien für den Status eines Imams gibt es nicht, bis auf die Akzeptanz der religiösen Gemeinschaft, der sie vorstehen.⁴⁸ Sie übernehmen die Funktion häufig ehrenamtlich und erhalten meist Spendengelder. Es gibt auch keine Meldepflicht solcher Personen beziehungsweise ihrer Funktion, was arbeitsrechtlich problematisch wäre.

Gleichwohl ist es gemäss Duvillard wichtig, religiöse Betreuungspersonen bei der Bekämpfung des islamistischen Extremismus stärker einzubeziehen.⁴⁹ Im Kanton Zürich sind die Fachstellen für Integrationsfragen (Stadt und Kanton) und die Fachstellen Brückenbauer der Kantonspolizei und der Stadtpolizei Zürich mit Imamen in Kontakt. Die VIOZ hat eine Plattform und Hotline für **Muslimische Seelsorge**,⁵⁰ die sowohl für muslimische als auch nicht muslimische Personen zur Verfügung stehen. Gleichzeitig ist es

⁴⁸ Einige Vereine (z.B. die der Türkisch Islamischen Stiftung Schweiz) erhalten Imame aus der Türkei für einige Jahre. Diese müssen nach ihrer Vertragszeit wieder zurückkehren. Wiederum in anderen Vereinen kommen Personen mit einem Touristenvisum für drei Monate als Imame in die Schweiz. Über diese Imame haben wir kaum Überblick, da wir nicht so oft mit den Vereinen in Verbindung stehen.

⁴⁹ Duvillard S.15f.

⁵⁰ <http://islam-seelsorge.ch/>

Das Projekt muslimische Notfallseelsorge wird aktuell von einer Arbeitsgruppe begleitet, die zum Ziel hat, muslimische Seelsorgepersonen in die öffentlichen Strukturen zu integrieren. Die Arbeitsgruppe besteht neben der VIOZ aus Vertreterinnen und Vertretern der Direktion Justiz und Inneres, der Katholischen Körperschaft und der Reformierten Kirche.



von Bedeutung, über die Imame hinaus auch mit anderen Betreuungspersonen, Akteuren und aktiven Mitgliedern im Dialog zu stehen und mit ihnen zusammenzuarbeiten. Besonders die Zusammenarbeit mit muslimischen **Jugendorganisationen** findet bisher kaum statt. Gerade sie haben viel eher Zugang zur jungen muslimischen Bevölkerung, können Sichtweisen nachvollziehen und Argumentationsstrategien mit entwickeln.

→ **Empfehlung der Delegationsmitglieder:**

- Eine umfassende Strategie zum Einbezug muslimischer Organisationen beinhaltet ebenfalls die **Zusammenarbeit mit religiösen** Betreuungspersonen. Bedingungen und Möglichkeiten des Einbezugs von Imamen bei der Bekämpfung des islamistischen Extremismus sind abzuklären. Besonders die Seelsorge im **Strafvollzug** spielt bei der Deradikalisierung eine zentrale Rolle und sollte gezielt durch Ausbildungen muslimischer Fachpersonen angegangen werden. Personen mit einer entsprechenden regionalen Herkunft beziehungsweise **Fluchtgeschichte** können hier besondere Wirkkraft entfalten.
- Zu prüfen sind die **Möglichkeiten zu anerkannten und regulären Weiter- und Ausbildungsmassnahmen** für religiöse Betreuungspersonen (Seelsorger/Imame) innerhalb der Schweiz beziehungsweise im deutschsprachigen Ausland, um gewisse Ausbildungsstandards zu setzen.
- Im Besonderen ist der Kontakt und die **Zusammenarbeit mit** muslimischen **Jugendorganisationen** zu intensivieren, um Sichtweisen der jungen muslimischen Bevölkerung mit einzubeziehen und gemeinsam Argumentationsstrategien zu entwickeln.

3.5 Beratungsstellen für Gewalt-/Radikalisierungsprävention

Im Kanton Zürich sind verschiedene **Anlaufstellen** bestimmt worden, an die sich Schulen wenden können, wenn sie mit der Radikalisierungsproblematik konfrontiert sind. In der **Stadt Zürich** besteht die **Fachstelle für Gewaltprävention** als Anlaufstelle für Volksschule und Jugendorganisationen.⁵¹ Die **Stadt Winterthur** hat neu seit Oktober 2016 eine **Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention** eingerichtet.⁵² Das **SIFG** (Schweizerisches Institut für Gewaltein-schätzung) hat in Kooperation mit den Nachbarländern Liechtenstein und Deutschland ein Früherkennungstool für Radikalisierungstendenzen entwickelt und stellt dies Kantonen und Städten zur Verfügung. Mit dem IT-unterstützten Tool **Ra-Prof** (Radicalisation Profiling) können beispielsweise

⁵¹ https://www.stadt-zuerich.ch/ssd/de/index/gesundheits_und_praevention/gewaltpraevention/fachstelle_gewaltpraevention/vision0.html

⁵² <https://stadt.winterthur.ch/themen/leben-in-winterthur/kinder-jugendliche-und-familien/praevention/extremismus-und-gewaltpraevention>

Lehrpersonen oder Polizistinnen und Polizisten Fälle bezüglich Personen abklären, die Radikalisierungstendenzen aufweisen.⁵³ Eine beispielhafte Anlaufstelle bietet die Webplattform «Rat auf Draht» in Österreich.⁵⁴

Es fehlen jedoch Beratungs-/Informationsstellen, an die sich Eltern und andere Personen wenden können, wenn jemand aus der Familie oder dem Bekanntenkreis Radikalisierungstendenzen aufweist. Noch lückenhaft ist zudem das Angebot für Jugendarbeitende.

Andererseits wäre eine Schaffung von niederschweligen und dezentralen Gesprächsangeboten in behördlichen Einrichtungen gemäss dem **Konzept der «offenen Türen»** für besorgte Bürgerinnen und Bürger – insbesondere Eltern und andere Bezugspersonen von gefährdeten Jugendlichen – eine geeignete Möglichkeit, sich ohne Bedenken an die Verwaltung zu wenden. Durch die Sensibilisierung der Verwaltung und entsprechende Prozessdefinitionen (für Informationsweitergabe und Handlungswege) kann eine solche **«dezentrale» Beratung** (bei der aktuell eher niedrigen Bedarfslage) ohne grossen Mehraufwand (also ohne die Schaffung einer eigenen Stelle) stattfinden.

→ **Empfehlung der Delegationsmitglieder:**

- Das **Angebot an Anlaufstellen für Gewaltprävention inklusive Radikalisierungsfragen** ist zu verbessern. Zu prüfen ist die Einrichtung eines kantonalen (oder nationales) Kompetenzzentrums für Gewaltprävention und Radikalisierungsfragen oder die Ausweitung von Aufgaben bereits existierender Strukturen.
- Bestehende Methoden **oder Tools (zum Beispiel Ra-Prof)** sollen so aufgearbeitet werden, dass diese den Gemeinden zur Verfügung stehen und bekannt gemacht werden.
- Zu prüfen ist auch, wie das **Prinzip der «Offenen Türen»** zu verfolgen ist, oder ob dies ergänzend zu einem möglichen Kompetenzzentrum eingerichtet werden sollte. Entsprechende Weiterbildungen und Prozessdefinitionen für die Verwaltung (zur Gewährleistung des Informationsflusses) sollten bereits erfolgt sein und als Darreichung/Merkblätter an die jeweiligen Institutionen abgegeben werden.
- Es gilt **Anlaufstellen für besorgte Eltern** einzurichten, an bestehende Strukturen anzugliedern und bekannt zu machen (siehe Elternarbeit).

4 Fazit und Ausblick

1. Stärkung und Ausweitung existierender Strukturen und Massnahmen

- Im Kanton Zürich existieren bereits zahlreiche Massnahmen und Strukturen, die zur Präventionsarbeit beitragen (vor allem die Fachstellen Brückenbauer, Fachstelle für Gewaltprävention Stadt Zürich, Fachstelle Extremismus und

⁵³ <http://www.sifg.ch/radikalismus-extremismus/ra-prof-radicalisation-profiling/>

⁵⁴ <http://www.rataufdraht.at/themenubersicht/gewalt/das-phanomen-der-radikalisierung>

Gewaltprävention in Winterthur, die Koordinationsgruppe Jugendgewalt des Kantons Zürich und die Fachstelle für Integrationsfragen).⁵⁵ Diese gilt es in einem ersten Schritt zu stärken und ihre Erfahrungen (wie die ausgearbeiteten Prozesse und Zusammenarbeitsvereinbarungen und Tools, zum Beispiel Ra-Prof) auf andere relevante Bereiche zu übertragen.

Als weitere Grundpfeiler einer Strategie für Radikalisierungsprävention können besonders folgende Massnahmen als zentral erachtet werden, die im Kanton Zürich bisher noch nicht systematisch durchgeführt wurden:

2. Implementierung des integralen Ansatzes: Vernetzung und Kooperation in jeglicher Hinsicht

- Prozessoptimierungen und eingerichtete Kommunikationsstrukturen, die durch den integralen Ansatz institutionalisiert werden, bieten Vorteile bei der Bearbeitung weiterer Themenkomplexe, die Kooperationen und Vernetzung erfordern.
- Bestrebungen im Hinblick auf lokale Kooperationen gemäss dem integralen Ansatz sind bereits im Gange. Formelle Vereinbarungen stehen diesbezüglich noch weitgehend aus.
- Der Kanton prüft eine Mitgliedschaft im Netzwerk Alliance of European cities against violent extremism.

3. Intensivierung des Dialogs mit der muslimischen Bevölkerung und der partizipativen Zusammenarbeit

- Die Direktion JI arbeitet momentan an einem Leitbild, das das Verhältnis zwischen Kanton und Religionsgemeinschaften klären soll. Ein solches Leitbild könnte für den Dialog und die partizipative Zusammenarbeit mit der muslimischen Bevölkerung positive Auswirkungen haben und Fördermöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Beiträge eröffnen.
- Auch steht die Direktion JI in Kontakt mit diversen Ansprechpersonen und Akteuren muslimischer Organisationen zur Koordination praktischer Themen wie Seelsorge, Medienarbeit etc.
- Die Fachstelle für Integrationsfragen erarbeitet eine Strategie für den Dialog und zur partizipativen und thematischen Zusammenarbeit mit muslimischen Organisationen. In diesem Zusammenhang prüft sie Weiterbildungskonzepte für religiöse Betreuungspersonen und überprüft Möglichkeiten der Förderung und

⁵⁵ Neben Prävention gehören zu einer erfolgreichen Strategie die zwei Handlungsfelder «Deradikalisierung» und «Repression». Wie bereits eingehend verdeutlicht wurde, fokussiert der vorliegende Bericht besonders auf Massnahmen, die dem Teilkonzept der «Prävention» zuzuordnen sind. Siehe hierzu auch das Dokument «Phasen der Radikalisierung – Stand September 2016» des EJPD: <https://www.ejpd.admin.ch/dam/data/fedpol/aktuell/news/2016/2016-11-11/phasen-radikalisierung-d.pdf>



Anerkennung zivilgesellschaftlichen Engagements, auch wenn dieses von religiösen Vereinen geleistet wird (zum Beispiel Jugendarbeit, Beratung und Expertise für Gewaltprävention etc.).

4. Vielfalt, Sensibilisierung und «offene Türen»

- Die Fachstelle für Integrationsfragen erarbeitet eine Strategie zur Förderung von Vielfalt und Schutz vor Diskriminierung. Eine Bestands- und Bedarfsanalyse soll bedarfsgerechtes Sensibilisierungs- und Beratungsangebot für die entsprechenden Zielgruppen (Verwaltung und von Diskriminierung Betroffene) sicherstellen. Das Qualitätsmanagement ihrer Integrationsprojekte wird im Hinblick auf Gender und Diversität erweitert. Vielfalt und Chancengleichheit sollen dabei weiter gefördert und Mehrfachdiskriminierungen stärker ausgeschlossen werden. Zudem sollen von Diskriminierung betroffene Personen und Gruppen der Migrationsbevölkerung als selbstbestimmte gesellschaftliche Akteure gestärkt werden, während die Gesamtbevölkerung über ethnisch-kulturelle Diskriminierung sowie dessen mehrdimensionalen Facetten informiert und darauf sensibilisiert wird.
- Die Rekrutierung von Personen mit Migrationshintergrund findet bereits statt, und sollte weiter gefördert werden – sie fungieren als Vorbilder in der Beziehungsarbeit mit Jugendlichen und der Migrationsbevölkerung, wobei ihre sprachlichen wie transkulturellen Kompetenzen einen hohen Mehrwert darstellen.
- Die Delegation hat mit Google Kontakt aufgenommen, um Möglichkeiten von Gegenstrategien im Internet zu erörtern. Google wendet die «Redirect Method» an, mit der Suchalgorithmen verändert werden, wenn Suchanfragen bezüglich Terrororganisationen gestellt werden, welche in der Verbreitung und Platzierung von Internetmedien erfolgreich sind (namentlich des sogenannten IS). Bisher geschieht das nur in den Sprachen Arabisch und Englisch. Es werden weitere Abklärungen getroffen, um diese Methode auch auf Deutsch einzuführen.⁵⁶

⁵⁶ <http://redirectmethod.org/>



Literaturverzeichnis

Duvillard, André: «Präventionsmassnahmen zur Verhinderung von Radikalisierung – Eine Bestandsaufnahme in der Schweiz», Sicherheitsverbund Schweiz (SVS), Juli 2016, abrufbar unter: <https://biblio.parlament.ch/e-docs/386723.pdf>

Eser-Davolio, Miryam: «Hintergründe jihadistischer Radikalisierung in der Schweiz» ZHAW Zürich, 2015, abrufbar unter: https://www.zhaw.ch/storage/shared/sozialarbeit/Forschung/Delinquenz_Kriminalpraevention/Jugend_kriminalitaet_Jugendgewalt/Schlussbericht-Jihadismus-DE.pdf

Molthagen, Dietmar: «Handlungsempfehlungen zu Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus und Islamfeindlichkeit – Arbeitsergebnisse eines Expertengremiums der Friedrich-Ebert-Stiftung», Berlin, 2015, abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12034-20151201.pdf>

Imhof, Kurt: «Ethnisierung des Politischen und Problematisierung religiöser Differenz» von Kurt Imhof im Rahmen des NFP 58 «Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft», 2011, abrufbar unter: http://www.nfp58.ch/files/news/116_NFP58_Schlussbericht_Imhof.pdf

Roy, Olivier: «Islam in Europe, Clash of Religions or Convergence of Religiosities?» Eurozine, Mai 3, 2007.

Schmid, Hansjörg (u.a.): «Islambezogene Weiterbildung in der Schweiz -Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse», Freiburg 2016
http://www.unifr.ch/szig/assets/files/2016/schlussbericht_islambezogene_weiterbildung_21.4.pdf

Trebbe, Joachim: «Sprachregionale und ethnische Repräsentation – Eine Studie zum Integrationspotential des Schweizer Fernsehens», Fribourg, 2007, abrufbar unter: https://www.bakom.admin.ch/dam/bakom/de/dokumente/uni_fr_integrationspotential.pdf.download.pdf/uni_fr_integrationspotential.pdf

Tunger-Zanetti, Andreas (et.al.) «Hallo, es geht um meine Religion! Muslimische Jugendliche in der Schweiz auf der Suche nach ihrer Identität» Universität Luzern, 2017, abrufbar unter: <https://www.unilu.ch/forschung/aktivitaeten/fokus-forschung/studie-zeigt-junge-muslime-kritisch-und-abwaegend-in-religionsfragen/>



Links, Projekte, Angebote, Literaturhinweise

Verwaltung und Regelstrukturen

Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention der Stadt Winterthur

<https://stadt.winterthur.ch/themen/leben-in-winterthur/kinder-jugendliche-und-familien/pravention/extremismus-und-gewaltpravention>

Fachstelle für Gewaltprävention der Stadt Zürich (Leitfaden Radikalismus)

https://www.stadt-zuerich.ch/ssd/de/index/gesundheits_und_praevention/gewaltpraevention/fachstelle_gewaltpraeventio_n/vision0.html

INTERFALL – das Netzwerk der Praxisfelder rund um Familie, Volksschule und Kindes- und Jugendhilfe im Kanton Zürich

http://www.ajb.zh.ch/internet/bildungsdirektion/ajb/de/ueber_uns/Interfallkommission.html

Jugend und Medien – Das Informationsportal zur Förderung von Medienkompetenzen

<http://www.jugendundmedien.ch>

Kerngruppenmodell der Stadt Zürich

https://www.stadt-zuerich.ch/ssd/de/index/gesundheits_und_praevention/gewaltpraevention/projekte/kerngruppenmodell.html

Koordinationsgruppe Jugendgewalt

<http://www.stopp-gewalt.zh.ch>

Lehrmaterialien im Kanton St. Gallen

<http://www.sichersund.ch>

Migrantinnen- und Migrantenvereine Webplattform

<http://migrantenvereine.ch/>

Nationaler Aktionsplan des Sicherheitsverbunds Schweiz: Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus (12.09.2016)

<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-63731.html>

Netz2 – Case Management Berufsbildung

<http://www.ajb.zh.ch/internet/bildungsdirektion/ajb/de/berufsberatung/berufswahl/cmbb.html#a-content>

«Phasen der Radikalisierung – Stand September 2016» EJPD – Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement



<https://www.ejpd.admin.ch/dam/data/fedpol/aktuell/news/2016/2016-11-11/phasen-radikalisierung-d.pdf>

PlatzDa?! Prävention, Integration und Beteiligung im öffentlichen Raum

http://www.waedenswil.ch/de/stadt/projekte/?action=showthema&themenbereich_id=164&thema_id=484

Referate zur Tagung «Prävention und Bekämpfung von Radikalisierung und Extremismus: Die Rolle der Städte»

http://staedteverband.ch/de/Info/Dokumentation/Tagungen/Pravention_und_Bekampfung_von_Radikalisierung_und_Extremismus:_Die_Rolle_der_Stadte/Referate

Strategischer Plan des Sicherheitsdepartements der Stadt Zürich

https://www.stadt-zuerich.ch/pd/de/index/das_departement/strategie_politik.html

Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen den KESB Zürich und Schulen

http://www.kesb-zh.ch/sites/default/files/attachments/grundsatzes_kesb_schulen_vsa.pdf

Forschung, Netzwerke und NGOs

Alliance of European cities against violent extremism

<http://efus.eu/en/>

European Coalition of Cities against Racism

<http://www.eccar.info/>

European Radicalisation Awareness Network (RAN)

<http://www.ec.europa.eu/ran>

Islamismus im Internet – Propaganda – Verstösse – Gegenstrategien

http://www.hass-im-netz.info/fileadmin/hass_im_netz/documents/Islamismus_im_Internet.pdf

MOGA – Muslimische Organisationen als gesellschaftliche Akteure

<http://www.unifr.ch/szig/de/training/muslimorganisations>

Muslimische Notfallseelsorge

<http://islam-seelsorge.ch/>

NCBI – National Coalition Building Institute, Schweiz

<http://www.ncbi.ch/de/>

Notruf für Kinder, Jugendliche und deren Bezugspersonen

<http://www.rataufdraht.at/themenubersicht/gewalt/das-phanomen-der-radikalisierung>

Paulusakademie

<http://www.paulusakademie.ch/>



Portal für Pädagogik zwischen Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus

<http://www.ufuq.de/>

Programm-Schwerpunkte von SRF 2017

<https://www.srgd.ch/de/aktuelles/news/2017/01/24/jahresmedienkonferenz/>

Profil Gewaltfrei

<http://www.profil-g.ch/>

Redirect Method

<http://redirectmethod.org>

Schweizerisches Institut für Gewalteinschätzung

<http://www.sifg.ch/radikalismus-extremismus/ra-prof-radicalisation-profiling/>

SZIG Schweizerisches Zentrum für Islam und Gesellschaft

<http://www.unifr.ch/szig/de>

TikK – Kompetenzzentrum für interkulturelle Konflikte, Zürich

<http://www.tikk.ch/>

Überblick über in Deutschland angebotene und durchgeführten (Präventions-) Programme gegen islamistisch motivierte Radikalisierung ausserhalb des Justizvollzugs

http://www.kriminalpraevention.de/files/DFK/dfk-publikationen/2016_systematisierung_islamismuspr%C3%A4vention_kurzfassung_2.pdf

Verein für die nachhaltige Umsetzung von Gleichstellung

<http://www.gleichstellungs-controlling.org/>

Violence Prevention Network

<http://www.violence-prevention-network.de/de/>

Zürcher Institut für Interreligiösen Dialog

<https://www.ziid.ch/de/>

VIOZ Vereinigung der islamischen Organisationen in Zürich

<http://vioz.ch/>

Weiterführende Literatur

Hénin, Nicolas: «Der IS und die Fehler des Westens – Warum wir den Terror militärisch nicht besiegen können», Orell Füssli, Zürich, 2016

Mediendienst Integration (Hg.). «Journalisten-Handbuch zum Thema Islam», Berlin, 2016.



Mansour, Ahmad: «Generation Allah – Warum wir im Kampf gegen religiösen Extremismus umdenken müssen», Fischer, Frankfurt a.M., 2015

Mannemann, Jürgen: «Der Dschihad und der Nihilismus – Warum ziehen junge Europäer in den Krieg?», transcript, Bielefeld, 2015

NCBI Schweiz (Hg.): «Muslimische Kinder in der Schule – Informationen, Praxistipps und Ideen für den Unterricht», K2-Verlag, Zürich, 2006

Speckhard, Anne (zahlreiche Publikationen), z.B.: «Talking to terrorists, Bride of ISIS»

Trebbe, Joachim: «Ethnische Minderheiten, Massenmedien und Integration – Eine Untersuchung zu massenmedialer Repräsentation und Medienwirkungen», VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2009